



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Verein "Lehrerbildung". Denkschrift des Vereines
"Lehrerbildung"..."

Liczba stron oryginału

8

Liczba plików skanów

9

Liczba plików publikacji

9

Sygnatura/numer zespołu

TR 033.019

Data wydania oryginału

Ok. 1918

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



33. 19. / 1

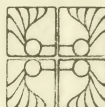
Verein „Lehrerbildung“.



Denkschrift

des

**Vereines „Lehrerbildung“ zur
Regierungsvorlage betreffend
die Reform der Lehrerbildung.**



Wien, im April 1918.

VEREIN „LEHRERBILDUNG“.

WIEN, am 1. April 1918.

Denkschrift

des Vereines „Lehrerbildung“ zur Regierungsvorlage
betreffend die Reform der Lehrerbildung.

Hochgeehrter Herr Abgeordneter!

Der Verein „Lehrerbildung“, der die Lehrkräfte aller Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten des Kronlandes Niederösterreich in sich schließt, erlaubt sich, Euer Hochwohlgeboren um Ihre gütige Vertretung einiger Forderungen, durch die einige Punkte der von der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlage, betreffend die Reform der Lehrerbildung, abgeändert werden sollen, zu bitten.

Diese Abänderungsvorschläge beziehen sich

1. auf die Dauer der Lehrerbildung,
2. auf die Gestaltung des sprachlichen Unterrichts,
3. auf die Vorbildung und die rechtliche Stellung der Lehrkräfte an den Lehrerbildungsanstalten und
4. auf die Lehrbefähigungsprüfung für allgemeine Volksschulen.

Punkt a). Die Regierung setzt in ihrer Vorlage (§ 3) fest, daß der Unterricht an den künftigen Lehrerbildungsanstalten in mindestens fünf Jahrgängen erteilt wird; eine über dieses Maß hinausgehende Erweiterung der Bildungsdauer festzusetzen, bleibt dem Verordnungswege vorbehalten.

Die Lehrerbildner Niederösterreichs fordern, daß durch das Gesetz eine einheitliche, mindestens sechsstufige Lehrerbildungsanstalt, die das 14. bis 20. Lebensjahr umfaßt, geschaffen werde.

Die Hauptgründe für unsere Forderungen sind folgende:

1. Bei den stets wachsenden Bildungsaufgaben wird mit einer 5 jährigen Lehrerbildung das Auslangen nicht gefunden;
2. da das 4. und 5. Jahr nach den gesetzlichen Bestimmungen hauptsächlich der beruflich-praktischen Ausbildung der Zöglinge gewidmet sein soll, bleiben für die Allgemeinbildung bloß 3 Jahre — ein Zeitraum, der nach der Ansicht jedes Fachmannes zur Bewältigung dieser Aufgabe nicht ausreicht;
3. weil nach dem Regierungsentwurfe die Bildungsdauer mit dem 15. Lebensjahre beginnt, entsteht im Studiengange der Zöglinge, die ja mit dem 14. Lebensjahre aus der allgemeinen Volks- oder Bürgerschule austreten, eine Lücke, für die keine gesetzliche Vorsorge getroffen ist.

Gegen die 6 jährige Lehrerbildungsanstalt wird eingewendet:

1. Daß durch sie die einjährigen Lehrkurse an Bürgerschulen, die an die dritte Klasse anschließen, überflüssig würden. Darauf ist zu erwidern, daß diese Lehrkurse nicht zu dem Zwecke geschaffen wurden, für die Lehrerbildungsanstalt, sondern für das praktische Leben, speziell in Bezug auf Handel und Gewerbe vorzubereiten. Sie könnten auch infolge ihrer beschränkten Anzahl dem ersteren Zwecke nicht entsprechen;

2. wird eingewendet, daß in gewissen Kronländern eine sechsstufige Lehrerbildungsanstalt aus schultechnischen Gründen nicht gut möglich sei. Dagegen sei bemerkt, daß in dem mehrjährigen Spielraum, der der Durchführung des Gesetzes normiert ist, die entsprechenden Vorsorgen getroffen werden können. — Die gleichen Bedenken könnten gegen die anderen Mittelschultypen jener Länder erhoben werden, und doch hat die Realschule und das Gymnasium im ganzen Reiche die gleiche Bildungszeit.

Schließlich sei bemerkt, daß in allen mitteleuropäischen Staaten die mindestens 6 jährige Lehrerbildungsanstalt bereits durchgeführt oder in Durchführung begriffen ist.

Punkt b). Diese Forderung betrifft die Ausgestaltung der allgemeinen Bildung durch Einführung des fremdsprachigen Unterrichts an den künftigen Lehrerbildungsanstalten.

Der Regierungsentwurf sieht die Einführung einer zweiten lebenden Fremdsprache vor. Die Lehrerbildner halten aber auch die Einführung des Lateinunterrichts, wenigstens an den deutschen Anstalten, für notwendig.

Sie erheben diese Forderung aus folgenden Gründen:

1. Die lateinische Sprache ist unter allen Sprachen am besten geeignet, den Unterricht in der Muttersprache zu fördern;

2. ihr hoher Bildungswert für die Lehrerbildungsanstalten geht aus den Worten eines unserer ersten vaterländischen Pädagogen, des Regierungsrates Dr. Rudolf Hornich, Direktors am Wiener Pädagogium, hervor. Er sagt: Das Latein wird manchen allzu modern Gestimmten stutzig machen und doch ist seine Aufnahme eine der wertvollsten Neuerungen im geplanten Gesetzentwurfe. Wir sind einmal tausend Jahre in die Schule der antiken Völker gegangen und darum ist unser Geistesleben heute noch mit der antiken Begriffswelt und den dafür geprägten Ausdrücken durchsetzt. Die Volksschule ist zwar Verwalterin des volkstümlichen Lehrgutes, aber die Antike hat dieses vielfach beeinflußt, so daß man heute das moderne Geistesleben nur verstehen kann, wenn man es bis auf seine Quellen zurückzuverfolgen vermag. Die meisten Wissenschaften verdanken ja ihre Terminologie den antiken Sprachen, so die beschreibenden Naturwissenschaften, die Medizin, die Heilmittelkunde. Die Fundamentwissenschaften der Pädagogik: Psychologie, Logik, Ethik, weisen mit ihren grundlegenden Begriffen auf die Geistesarbeit der antiken Völker. Die Sprachstudien vollends haben ihr ganzes Rüstzeug von den Alten übernommen. Dazu kommt die dem Latein innewohnende, immanente Logik, die seinem Studium eine stark formalbildende Kraft verleiht. In der römischen Geschichte können wir das Werden, das Wesen und das Vergehen eines Weltreiches studieren und beobachten, was ein Volk groß macht und verfallen läßt. Gerade die moderne Kultur bedarf aber bei ihrer Richtung in die Breite, bei der Aufnahme neuer Völker in den abendländischen Kulturkreis gar sehr der Orientierung in der Vergangenheit, damit nicht alte Irrtümer wiederholt, erkannte Fehllege noch einmal eingeschlagen und so Arbeit unnütz vergeudet werde. Eine Ahnung von dem Kulturzusammenhang der abendländisch zivilisierten Völker wird den Zögling auch gegen einseitigen Nationalismus schützen und ihn, bei aller Liebe zum eigenen Volke, fremde Eigenart verstehen und schätzen lehren.

3. Für die weitere Ausbildung des Lehrers, sei es zum Bürgerschullehrer oder als Hörer an der Universität, hat das Studium des Latein sicherlich den größten Wert, wenn es nicht von den akademischen Behörden sogar als die notwendige Voraussetzung zum Besuche der Hochschule verlangt werden wird.

Punkt c). Was die Vorbildung und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an den Lehrerbildungsanstalten anbelangt, spricht sich der Verein „Lehrerbildung“ für die Schaffung eines vollständig einheitlichen Lehr- und Erziehungskörpers aus. Er befindet sich mit dieser Forderung in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen der großen Lehrerbildnertage vom Jahre 1906 und 1911, die nach Referaten des Regierungsrates Dr. Friedrich Wiechowski und des Direktors am Wiener Pädagogium, Regierungsrates Dr. Rudolf Hornich gefaßt wurden; weiters mit den Forderungen anderer Pädagogen und führender Geister auf dem Gebiete der Lehrerbildung, wie Lehmann (Berlin), Kerschensteiner (München), Muthesius (Weimar), Natorp (Marburg), Rein (Jena), Seyfert (Zschoppau), Schmidt (Altenburg), Willmann (Reichenberg) u. a. Die gleiche Forderung erheben: Der Reichsverein österreichischer Lehrerbildner, der Verein der niederösterreichischen Übungsschullehrer, der Verein der Musiklehrer an den Lehrerbildungsanstalten Österreichs, die Wiener pädagogische Gesellschaft, der niederösterreichische Landeslehrerverein, der Lehrerverein Dr. Lorenz Kellner, der Zentralverein der Wiener Lehrerschaft, die Sozialpädagogische Gesellschaft u. v. a.

Die gegenwärtige Organisation der Lehrerbildungsanstalten kennt neben dem Direktor Hauptlehrer mit dem Titel Professor, Übungsschul-, Musik- und Turnlehrer, sowie die erforderliche Zahl von Hilfslehrern. Die Regierungsvorlage verursacht durch die §§ 15—20 eine noch größere Verschiedenwertigkeit der Lehrkräfte. Denn während das hohe Abgeordneten- und Herrenhaus unter Zustimmung der jetzigen Regierung in der seit 1. August 1917 gesetzlich geltenden „Lehrerdienstpragmatik“ § 48, Absatz 1, die volle Gleichstellung der Übungsschullehrer mit Bürgerschulprüfung mit den Hauptlehrern festsetzt, dringt der jetzt eingebrachte Regierungsentwurf (§ 51) auf Aufhebung dieser Bestimmung. Würde diese Forderung der Regierung Gesetz werden, so würden, da die derzeit angestellten Übungsschullehrer der Vorteile der Lehrerdienstpragmatik teilhaftig werden, abermals neue Kategorien im Lehrkörper geschaffen werden, die zum Teile krasse Zurücksetzungen bedeuten; so wäre zum Beispiel der jetzige Übungsschullehrer mit Bürgerschulprüfung Professor, während der künftige, akademisch vorgebildete Übungsschullehrer diesen Titel erst gnadenweise nach einer längeren, hervorragenden Dienstleistung erhalten könnte (§ 19 der Regierungsvorlage).

Um einem derartigen Chaos auszuweichen, um Uneinigkeiten und Zurücksetzungen zu vermeiden, vor allem aber um einen Lehrkörper zu schaffen, der seinen unterrichtlichen und erzieherischen Aufgaben voll gerecht werden kann, steht der Verein „Lehrerbildung“ auf dem im Entwurfe des Herrn Reichsratsabgeordneten Aug. M. Kemetter vertretenen Standpunkte eines gleichwertigen und gleichberechtigten Lehrkörpers. Während der Akademiker sich mit dem Wesen und den Aufgaben der Volksschule vertraut machen muß, hat der seminaristisch gebildete Lehrer seine Kenntnisse wissenschaftlich zu vertiefen.

Wir fordern also auch für den künftigen Übungsschullehrer eine höhere Bildung und zwar aus folgenden Gründen:

Der Übungsschullehrer nimmt an der Bildung der Lehramtszöglinge hervorragenden Anteil, da er sie in die berufliche Praxis einzuführen hat und Lehrer der speziellen Methodik für die einzelnen Schuljahre ist. Ihm obliegt also ein Teil der wichtigsten Aufgabe der Lehrerbildung, die eigentliche Fachbildung. Der gewaltige Aufschwung, den die pädagogische Wissenschaft und damit ihre angewandten Fächer genommen

haben, verlangt auch für den Lehrer an der Übungsschule einen wissenschaftlich tief fundierten Fachmann, der imstande ist, neue Gesetze und Methoden in die Praxis überzuführen, seine eigenen praktischen Maßnahmen wissenschaftlich zu begründen, eventuelle Ergebnisse des Unterrichtes zu Nutz und Frommen der Allgemeinheit mit der Feder niederzulegen und angemessenen Anteil an den Bestrebungen zur Erforschung der Kindesseele zu nehmen.

Diese neuen Aufgaben der Übungsschule lassen das Wort ihres Schöpfers, des Pädagogen Diesterweg, umso gerechtfertigter erscheinen: „Eine Lehrerbildungsanstalt ist soviel wert, als die Übungsschule, die sie besitzt.“

Wenn eingewendet wird, daß ein wissenschaftlich hochgebildeter Lehrer es verschmähen wird, Lehrer der Kleinen zu bleiben, so muß betont werden, daß gerade durch die Schaffung eines gleichwertigen und gleichberechtigten Übungsschullehrerstandes dem derzeitigen Übelstande vorgebeugt wird, daß der fähige und strebsame Übungsschullehrer der jetzigen benachteiligten Stellung zu entfliehen trachtet. Gerade die Durchführung unserer Forderungen gewährleistet einen stabilen Lehrkörper für unsere Übungsschulen.

Punkt d). Die Mitglieder des Vereines „Lehrerbildung“ anerkennen es, daß die Regierungsvorlage in § 32 und § 33 der Lehrbefähigungsprüfung für allgemeine Volksschulen eine zweckentsprechendere Gestaltung geben will, als dies bisher der Fall war. Doch legen sie ein Hauptgewicht auf die der Prüfung vorausgehende pädagogisch-didaktische Führung der Prüfungskandidaten durch einen tüchtigen, wenn möglich von den Lehrerbildungsanstalten gestellten Fachmann. Dieser hätte die Aufgabe, die jungen Lehrpersonen ein Jahr hindurch planmäßig in die pädagogisch-didaktische Literatur einzuführen, sie über schwierige Fragen der Erziehung und des Unterrichtes aufzuklären, ihnen derartige Themen zu stellen und deren Ausarbeitung zu leiten. Die Prüfung selbst kann stets an der Schule, an der die zu prüfende Lehrperson unterrichtet, abgehalten werden, weil daselbst ihr Wirken am besten zu überblicken ist.

Der Verein „Lehrerbildung“ erlaubt sich, im Hinblick auf diese Gründe zu bitten, einige Paragraphen der Regierungsvorlage abzuändern.

Es sind dies:

§ 3, Absatz 1, der nun zu lauten hätte:

„Der Unterricht umfaßt mindestens 6 Jahresstufen und zwar vom 14. bis zum 20. Lebensjahre. Eine über dieses Maß hinausgehende Erweiterung der Bildungsdauer festzusetzen, bleibt dem Verordnungswege vorbehalten. Außerdem können, wo erforderlich, mit den Bildungsanstalten eigene Vorbereitungsklassen verbunden werden.“

§ 4, Absatz 4, hätte zu lauten:

„An Anstalten mit 6jähriger Bildungsdauer usw.“

§ 6 hätte zu lauten:

statt „Unterrichtssprache; eine zweite lebende Sprache“:

„Unterrichtssprache, eine zweite lebende Sprache und wenigstens an den deutschen Anstalten die lateinische Sprache.“

§ 15 hätte zu lauten:

Der Lehrkörper der Lehrerbildungsanstalt besteht aus dem Direktor und der erforderlichen Zahl von Haupt- und Hilfslehrern und wird vom Minister für Kultus und Unterricht nach Anhörung der Landesschulbehörde ernannt. Die definitiv angestellten Religionslehrer zählen zu den Hauptlehrern.

Zu Direktoren werden Hauptlehrer der Lehrerbildungsanstalten berufen.

Zur Anstellung als Hauptlehrer ist der Nachweis der Lehrbefähigung für Lehrerbildungsanstalten erforderlich.

Diese können erwerben:

a) Lehrer mit der Lehrbefähigung für Volksschulen auf Grund eines Fachstudiums an einem pädagogischen Universitätsseminare in Verbindung mit Vorlesungen an einer Hochschule im Ausmaße von sechs Semestern;

b) Lehrer mit der Lehrbefähigung für Bürgerschulen nach obigem Fachstudium im Ausmaße von vier Semestern;

c) Lehrer mit der Lehrbefähigung für Mittelschulen durch eine eingehende methodisch-praktische Ergänzungsprüfung nach mindestens einjährigem erfolgreichen Besuch eines mit einer Übungsvolks- und Bürgerschule verbundenen pädagogischen Universitätsseminares.

Diese Prüfung kann zugleich mit der Lehrbefähigungsprüfung für Mittelschulen abgelegt werden.

§ 18 hätte zu lauten:

Zur Anstellung als Hauptlehrer für die Schulpraxis ist der Besitz der Lehrbefähigung für allgemeine Volksschulen, eine mindestens 5jährige, besonders bewährte Verwendung im praktischen Volksschuldienste und der Nachweis erforderlich, daß der Bewerber die Hauptlehrerprüfung aus Pädagogik als Hauptfach abgelegt habe.

§ 33, Absatz 2, hätte zu lauten:

Die Lehrbefähigungsprüfungen werden nach entsprechender pädagogisch-didaktischer Führung vor einer Kommission an der Volksschule, an der der Prüfungskandidat unterrichtet, abgehalten.

In vorzüglicher Hochachtung zeichnen für den Verein „Lehrerbildung“:

Rudolf Grabo,
Schriftführer.

Julius Czerny,
Säckelwart.

Rudolf Suchanek,
David Eysank v. Marienfels,
Adolf Biffl,
Hans Laub,

Dr. Heinrich Giese,
Obmann.

Elvira Freiin v. Troilo,
Obmannstellvertreterin.

Dr. Theodor Konrath,
Anton Stepan,
Lambert Eisenhut,
Beiräte.

Ludwig Battista,
Schriftführer.

Dr. Anton Becker,
k. k. Landesschulinspektor,
Beirat.

Marie Mück,
Paula Putz,
Edmund Sleha,
Robert Gaber.

BUCH- U. KUNSTDRUCKEREI
VERLAGSANSTALT TYROLIA
WIEN, VII., NEUBAUGASSE 12

**BUCH- U. KUNSTDRUCKEREI
VERLAGSANSTALT TYROLIA
WIEN, VII., NEUBAUGASSE 12**